
TOP 5	Diskussionspapier des Vorstandes zum Arbeitspapier des Bundesgesundheitsministeriums zur Reform der Notfallversorgung
von:	Vorstand

Die Vertreterversammlung der KV Berlin möge beschließen:

1. Die Vertreterversammlung bekräftigt den Anspruch den KV Berlin, die ambulante vertragsärztliche Versorgung der Berlinerinnen und Berliner sicherzustellen. Sie befürwortet den Ausbau von Strukturen für eine intelligente Patientensteuerung als auch den planmäßigen Ausbau der Notfallstrukturen.
2. Die Vertreterversammlung unterstützt den Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung bei den Inhalten des Diskussionspapiers zur Notfallversorgung und spricht sich insbesondere gegen eine Beschränkung des Sicherstellungsauftrages aus.
3. Der Vorstand wird beauftragt, den mit den Partnern begonnenen Dialog zur zukünftigen Notfallversorgung Berlins fortzuführen und dabei die Bedeutung einer kompetenten und zuverlässigen vertragsärztlichen Versorgung hervorzuheben. Das Diskussionspapier ist ein Gesprächsangebot an alle Partner der KV im Berliner Gesundheitswesen. Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung wird beauftragt, mit den Partnern zeitnah in den Dialog zum Gesetzesvorhaben zu treten und die jeweiligen Sichtweisen zum Vorhaben in Erfahrung zu bringen.

Begründung:

Das aktuelle Arbeitspapier des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) zur Reform der Notfallversorgung enthält viele nachvollziehbare Ansätze, lässt aber gleichzeitig viele Fragen offen. Zu diesem Schluss kommt die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin. Grundsätzlich ist man sich einig, dass die Patientensteuerung und die Notfallversorgung verbessert werden muss. Die aufgeführten Punkte im ersten Gesetzentwurf konterkarieren jedoch die bisherigen Bemühungen der KV, die bereits vor zwei Jahren begonnene umfangreiche Reform der Notfallstrukturen in Berlin weiter auszubauen. Der Vorstand hat in Reaktion auf den veröffentlichten Gesetzentwurf das Diskussionspapier erarbeitet, um die Position der KV Berlin zu verdeutlichen und damit in den Dialog zu treten.

angenommen

abgelehnt

einstimmige Ja-Stimmen

zurückgezogen

Nichtbefassung

keine Nein-Stimmen

vertagt

keine Enthaltungen